

Gut für Halle!

Das Wahlprogramm des SPD-Stadtverbandes Halle zur Kommunalwahl 2009

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik – Kernpunkte für die Zukunftsfähigkeit

Unsere Stadt hat gute Potenziale als Wissenschafts- und Kulturstadt, als Multimediastandort und als Technologiezentrum. Die vorhandenen Forschungseinrichtungen und leistungsbereite Arbeitskräfte bieten gute Chancen für wirtschaftlichen Aufschwung.

Den Herausforderungen der Krise werden wir uns stellen. Wir wollen die Konjunkturprogramme des Bundes umfangreich nutzen, um die Auswirkungen zu begrenzen.

Die Martin-Luther-Universität prägt Halle als Universitätsstadt – das muss so bleiben. Sie ist der größte Arbeitgeber der Stadt und soll noch stärker als Impulsgeber für die Wirtschaft und für das geistige Leben wirken. Dies kann besonders wirksam durch zielgerichtete Ausgründungen geschehen.

In der Verkehrsinfrastruktur hat es Verbesserungen gegeben. Die Lebensqualität in der Stadt ist gewachsen. Der Wirtschaftsraum Halle-Leipzig ist neben Berlin der wichtigste in den neuen Bundesländern. Erfolgreiche Branchen wie die Chemieindustrie, die Logistik- und die Solarbranche, die Medienwirtschaft oder die Biotechnologie sprechen für die Region.

Unser Denken und Handeln macht nicht an Ländergrenzen halt. Vielmehr müssen wir die Chancen nutzen und weiter verbessern, die der Wirtschaftsraum Halle-Leipzig im weltweiten Wettbewerb der Regionen bietet. Zusammen mit den größten Städten Mitteldeutschlands engagieren wir uns für eine Kooperation im Rahmen der Metropolregion. Das gemeinsame Ziel besteht darin, die vielfältigen Potentiale der Städte zu nutzen und neue Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, um sich im globalen Wettbewerb der Standorte besser zu präsentieren.

Die Stadt hat bereits erfolgreich Modelle der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft – die sogenannten Public Private Partnership (PPP) Projekte praktiziert. Die SPD hat sie gegen vielfältige Widerstände im Stadtrat durchgesetzt. So konnten wir bei der Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten einen großen Schritt vorankommen. PPP-Modelle bieten auch weiterhin interessante Möglichkeiten, bei schwieriger Haushaltslage notwendige Investitionen zu stemmen.

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zu unseren kommunalen Wirtschaftsunternehmen. Sie sichern der Stadt unverzichtbare Einnahmen und den dauerhaften Einfluss auf die Qualität der Leistungserbringung für die Bürgerinnen und Bürger bei Ver- und Entsorgung sowie Nahverkehr und Wohnen. Darum wollen wir starke und innovative Unternehmen mit städtischer Beteiligung.

Wir wollen:

- eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Kammern und Verbänden in allen Fragen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
- den Erhalt der Stadtwerke Halle im Eigentum der Stadt und ihren nachhaltigen Ausbau als wichtiger Auftraggeber für den regionalen Mittelstand
- eine Beschleunigung von Verwaltungsverfahren im Interesse von Wirtschaftsinvestitionen
- die Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb der Metropolregion und für den Kernraum Halle-Leipzig
- einen weiteren Ausbau der Region zum attraktiven Wirtschaftsstandort
- Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes durch gezielte Beschäftigung über den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung und eine enge Kooperation der Stadt und der Bundesagentur für Arbeit auch weiterhin unterstützen
- eine Offensive für die Sicherung der Ausbildungsfähigkeit aller Schulabgänger in unserer Stadt in Zusammenarbeit mit den in der Region ansässigen Unternehmen

- eine weitere Nutzung von Public-Private-Partnership-Modellen, die eine effektivere Zusammenarbeit von öffentlicher und privater Finanzierung bedeuten
- die Vergabe öffentlicher Aufträge der Stadt nur an tariftreue Unternehmen, dabei sollen neben wirtschaftlichen Aspekten auch soziale und lokale Belange eine Rolle spielen

Sozialpolitik konsequent weiterentwickeln

Soziale Gerechtigkeit, Toleranz und friedliches Miteinander sowie Verantwortung für künftige Generationen, das waren, sind und bleiben Leit motive sozialdemokratischen Handelns auch in unserer Stadt.

Uns Sozialdemokraten ist bewusst, dass es in Halle große soziale Probleme gibt. Diese wollen wir lösen und dabei keinen Stadtteil, keine Bürgerin und keinen Bürger vergessen. Wir wollen mit einer vorsorgenden und aktivierenden Sozialpolitik gegen Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Isolation vorgehen.

Eine gute Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik ist die beste vorsorgende Sozialpolitik. Vorsorge allein hilft aber nicht den Menschen, die sich momentan in einer Notlage befinden. Hier muss aktivierende Sozialpolitik den Menschen die notwendige Hilfe anbieten, damit sie sich selbst aus ihrer Notlage befreien können.

Wir werden die kommunalen Beschäftigungsprogramme, die Jugendwerkstätten und den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung unterstützen.

Für jedes Kind, dessen Eltern es wünschen, muss auch in Zukunft ein Platz in einer Kindertageseinrichtung ab der Geburt zur Verfügung stehen.

Ziel unserer kommunalen Kinder-, Jugend und Familienpolitik ist es, die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche, z.B. Schule, Sport, Kultur, Wohnen, Arbeit und medizinische Versorgung, stärker miteinander zu verzahnen.

Wir wollen:

- das bedarfsgerechte Netzwerk der Hilfs- und Beratungsstellen und der Straßensozialarbeit erhalten
- das Wissen der Freien Träger für eine effektive Jugendsozialarbeit nutzen
- mit der Seniorenvertretung die Altenhilfeberichterstattung fortschreiben
- die Fortsetzung des kommunalen Beschäftigungsprogramms
- den Betrieb von Jugendwerkstätten, damit benachteiligte Jugendliche bessere Chancen beim Einstieg ins Erwerbsleben haben
- Stadtteilzentren, die für Vereine und Initiativen, für sozio-kulturelle Veranstaltungen und bürgerschaftliches Engagement offen stehen und somit für lebendige Stadtteile sorgen
- weiter im Gesunde-Städte-Netzwerk mitarbeiten

Verkehrsinfrastruktur gezielt weiter verbessern

Sowohl in der Region als auch im Stadtgebiet hat es in den zurückliegenden Jahren Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur gegeben. Wichtige große Baumaßnahmen zur Abarbeitung des Investitionsstaus der DDR-Zeit wie die Delitzscher Straße, der Böllberger Weg und das Steintor sind in Angriff genommen oder stehen in Aussicht. Die Haupteinfahrstraße Ost wird bis 2014 voraussichtlich fertig gestellt sein Die A 38 wird ab 2010 komplett zu nutzen sein. Bei der A 143 (Westumfahrung Halle) als Teil der mitteldeutschen Schleife muss der letzte fehlende Abschnitt zügig realisiert werden.

Wichtige Ziele sind für uns die Erhöhung der Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern sowie die bessere Verknüpfung von ÖPNV und motorisiertem Individualverkehr. Die von der SPD 2004 geforderte Umgestaltung der alten Hafenbahntrasse zu einem die Stadt durchquerenden Radweg ist umgesetzt worden. Die stadtweite Sanierung bestehender Radwege und der Ausbau des Radwegenetzes müssen jetzt folgen. In den Wohngebieten sind bereits zahlreiche verkehrsberuhigte Zonen ausgewiesen worden.

Investitionen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur sind auch weiterhin erforderlich, denn davon hängen viele weitere Entwicklungen ab. Wir haben begonnen, eine ergebnisoffene Diskussion um die Zukunft der Hochstraße zu führen und werden alle Interessierten in diese Diskussion einbeziehen.

Halle ist bisher gut an das Intercity-Netz der Deutschen Bahn AG angeschlossen. Wir treten dafür ein, diese Anbindung an das Fernverkehrsnetz zu erhalten. Nach Fertigstellung der Hochgeschwindigkeitsstrecke Berlin-Halle/Leipzig-Erfurt-Nürnberg fordern wir eine taktgebundene ICE-Anbindung für unsere Stadt.

Wir wollen:

- einen attraktiven Nahverkehr mit Bahnen und Bussen bei einer weiteren Verbesserung des barrierefreien Zugangs
- die bessere Verknüpfung von ÖPNV und motorisiertem Individualverkehr
- eine Verbesserung der Informationsangebote im halleschen Straßenbahn- und Busnetz
- die weitere Sanierung und den Ausbau bestehender Radwege im Rahmen der städtischen Radwegekonzeption
- verkehrsberuhigte Zonen in den Wohngebieten
- die Verbesserung der Zufahrtstraßen von den Autobahnen in das Stadtgebiet
- den Ausbau des Gimritzer Dammes zur besseren Anbindung des Weinberg-Campus
- die Stadt als wichtigen Knoten im künftigen mitteldeutschen S-Bahn-Netz entwickeln
- den schnelleren Bau der Hochgeschwindigkeitsstrecke der Deutschen Bahn AG von Erfurt nach Berlin und eine angemessene Berücksichtigung der Stadt im Fernverkehrsnetz
- eine zügige Umsetzung der im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Schifffahrt auf der unteren Saale zur besseren Anbindung des Hafens „Halle-Trotha“ an das deutsche Wasserstraßensystem

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

Die Kriminalitätsrate ist in den letzten Jahren gesunken.

Trotzdem empfinden viele Menschen Unsicherheit. Sie fürchten, Opfer von Straftaten zu werden. Die SPD nimmt diese Sorgen sehr ernst. Sicherheit muss für alle Bürger gewährleistet sein – unabhängig von ihrem Geldbeutel.

Ziel muss eine langfristig angelegte, systematische Verbrechensvorbeugung sein, bei der möglichst alle gesellschaftlichen Kräfte auf lokaler Ebene zusammenarbeiten.

Gleiches gilt für Ordnung und Sauberkeit. Hier müssen alle verantwortlichen Stellen miteinander Lösungen finden und für deren Umsetzung sorgen. Das von Ingrid Häußler eingerichtete Bürgerbüro ist Ansprechpartner auch für Ordnung und Sauberkeit.

Wir setzen uns für eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bei der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sauberkeit ein. Dabei gilt es, das Ordnungsbewusstsein und die Zivilcourage der Bevölkerung zu stärken.

Für uns sind Schmierereien Sachbeschädigung. Wir wollen diesen und anderen Verschandelungen unserer Stadt auch durch zielgerichtete Aufklärung an Schulen entgegenwirken.

Wir wollen:

- das Bewusstsein einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei und Bürgern fördern
- die Arbeit des Präventionsrates gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit unterstützen und damit ein öffentliches Klima gegen Gewalt und Kriminalität schaffen
- gemeinsame Sprechstunden von Kontaktbereichsbeamten und Stadtaufsicht

- verstärkte Sicherheitskontrollen an Brennpunkten
- dass engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich um die Sauberhaltung und Pflege öffentlicher und privater Grünflächen kümmern wollen, Unterstützung und Anerkennung zuteil wird
- Evaluation des Programms „Graffiti-freies Glaucha“ und Prüfung, wie solche Programme stadtweit umgesetzt werden können
- einen direkten Ansprechpartner in der Stadtverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger eines Stadtteils, damit sie Probleme von Ordnung und Sauberkeit ansprechen können

Gleichstellung von Frauen und Männern durchsetzen

Das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Leitbild unserer Politik in allen Lebensbereichen. Wir sind in den letzten Jahren ein gutes Stück vorangekommen, doch leider ist sie noch längst nicht erreicht.

In vielen Bereichen gibt es Versuche, die bisher erzielten Erfolge, etwa bei der Gleichberechtigung von Frauen im Erwerbsleben, zurückzudrängen. Während die Gleichberechtigung verwirklicht ist, wird die tatsächliche Gleichstellung noch vielfach behindert. Das reicht von der faktischen (Selbst-)Ausgrenzung von Mädchen aus bestimmten Ausbildungsberufen über die Schwierigkeiten der Vereinbarung von Familie und Beruf bis hin zu diskriminierenden Vorbehalten gegenüber Frauen im Berufsleben.

Die in den letzten Jahren durch die Bundesregierung auf die Wege gebrachten Reformen hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie der Gleichbehandlung verschiedener Formen des Zusammenlebens sind gut und werden von uns begrüßt.

Wir wollen:

- in der Stadtverwaltung, in kommunalen Gesellschaften und im öffentlichen Beschäftigungssektor, wenn Frauen, vor allem in Führungspositionen, unterrepräsentiert sind, bei gleicher Qualifikation der Bewerber und Bewerberinnen die Stellen bevorzugt mit Frauen besetzen
- das Frauenhaus und die Beratung von Frauen und Kindern, die von Gewalt bedroht oder Opfer von Gewalt geworden sind, auch weiterhin unterstützen
- die Fortsetzung des bewährten Frauen-Nachttaxi-Systems

Integration statt Isolation

In Halle leben 30.000 Menschen mit Behinderung. Sie haben, wie alle anderen, einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, auf Erwerbstätigkeit, auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Beispielhaft ist in der Stadtverwaltung die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung, die deutlich über der geforderten gesetzlichen Quote liegt.

Wir wollen:

- dass die gesetzliche Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte auch in Betrieben mit kommunaler Beteiligung eingehalten wird
- dass öffentliche Gebäude und öffentliche Orte jeder Art behindertengerecht gestaltet werden
- einen behindertengerechten ÖPNV
- einfache Kommunikation mit der Stadtverwaltung über das Internet auch für blinde und sehbehinderte Menschen durch ein barrierefreies Web-Seiten-Design der Seite www.halle.de

Integration von Ausländerinnen und Ausländern fördern, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit abwehren

Halle ist eine weltoffene Stadt – das soll sie auch bleiben.

In der Stadt Halle (Saale) leben 9500 Ausländerinnen und Ausländer aus 130 Herkunftsländern. Der Anteil von Migrantinnen und Migranten bzw. „Menschen mit Migrationshintergrund“ in unserer Stadt ist wesentlich höher. Dazu gehören Kinder aus binationalen Ehen, eingebürgerte Menschen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler.

Diese Menschen bereichern unser städtisches Leben. Wir werden Maßnahmen unterstützen, die auf eine Förderung von Verständnis und Toleranz gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund sowie anderen gesellschaftlichen Minderheiten gerichtet sind. In besonderer Weise wollen wir dafür die Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten fördern, internationale Begegnungen sowie Austauschprogramme und Partnerschaften unterstützen.

Jeder Form von Rassismus und Rechtsextremismus werden wir weiterhin entschlossen entgegentreten. Halle muss ein attraktiver, weltoffener Lebens-, Arbeits- und Studienort für alle sein!

Wir wollen:

- dass alle Bürgerinnen, Bürger und Gäste der Stadt Halle ein Leben frei von Angst und Diskriminierung führen können
- den Ausländerbeirat der Stadt Halle und das Bündnis Migrantenorganisationen weiter stärken
- gemeinsam mit dem städtischen Netzwerk für Integration und Migration die Umsetzung des nationalen Integrationsplans voranbringen
- eine gezielte Sprachförderung, da sie die entscheidende Voraussetzung für die berufliche und soziale Integration ist
- Maßnahmen und Aktivitäten, die Verständnis und gegenseitigen Respekt fördern, wie Begegnungsstätten, interkulturelle Austauschprogramme, Partnerschaften und internationale Kulturveranstaltungen weiterhin unterstützen
- allen Initiativen nach Kräften Hilfe geben, deren Ziel es ist, Zivilcourage und Menschenrechte vorzuleben und zu fördern

Bildung ist ein Menschenrecht

Die PISA-Studien haben Defizite in der Bildungspolitik in Deutschland sichtbar gemacht. Es ist notwendig, dass Bildungspolitik ein Thema für die Kommunalpolitik ist - denn Bildungspolitik, d.h. gute Bildungseinrichtungen, angefangen von den Kindertageseinrichtungen, über die Schulen bis hin zu den Berufsschulen, Hochschulen und Universitäten, prägen eine Stadt.

Bildungspolitik ist Standortpolitik.

Deswegen unterstützen wir die Bundesinitiative „Zukunft, Bildung und Erziehung“ zum Ausbau von Ganztagschulen. Dabei sind Netzwerke zwischen Schulen und außerschulischen Partnern, von Einrichtungen der Jugendhilfe bis zum Sportverein notwendig, damit sich die Kinder und Jugendlichen zu sozial kompetenten Persönlichkeiten entwickeln und auch zu guten fachlichen Leistungen fähig sind. Hierbei sind Investitionen in die Bausubstanz von Schulen und Horten mit der Investitionshilfe der Bundesregierung zu realisieren.

Bildung findet nicht nur in der Schule statt.

Wir werden dafür sorgen, dass die Kindertagesstätten in unserer Stadt ihren gesetzlichen Bildungsauftrag so erfüllen, dass der Übergang in die Grundschule nicht zur Hürde wird und Chancengerechtigkeit für alle Kinder von Anfang an gesichert ist.

Die Fortschreibungen der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung in den Jahren seit 2000 haben tief in die hallesche Schullandschaft eingegriffen. Viele Schulfusionen sind bereits erfolgreich bewältigt, eine Reihe weiterer steht noch vor uns. Die dabei zu treffenden harten Entscheidungen fallen uns allen schwer. Wir stehen ein für zukunftsfähige Schulen, deren Größe und Qualität ihre Existenz langfristig sichert und die für alle Schülerinnen und Schüler gut erreichbar sind.

Wir wollen starke Schulen, dabei geht Klasse vor Masse!

Seit 1999 konnten vielerorts die schlimmsten Mängel in der Bausubstanz behoben werden. Nachdem auch die Schulen der demografischen Entwicklung angepasst wurden, werden wir dafür sorgen, dass ein Schwerpunkt der kommenden Jahre die Schulsanierung ist.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns dafür einsetzen, ein optimales Lernen für alle zu ermöglichen. Für uns muss die Schule auch eine Schule der Demokratie sein.

Wir wollen

- das Programm zur Finanzierung von Schulbau und für die Sanierung der Kindergärten außerhalb des städtischen Vermögenshaushaltes weiterführen. Dazu werden wir weiterhin Leasing-, Mietkauf und andere Modelle privater Beteiligung nutzen.
- die Übertragung der Dienstaufsicht über die Schulen an die Kommune, um die Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen in der Stadt zu verbessern und um vor allem die Bildungsübergänge zu erleichtern
- eine Stärkung des Stadtschülerrates und in Zusammenarbeit mit ihm die politische Bildung und die Herausbildung des Demokratieverständnisses der Kinder und Jugendlichen fördern
- eine Initiative gegen Schulverweigerung starten und die betreffenden Kinder integrieren
- die Eigenverantwortlichkeit der Schulen stärken
- die Ganztagsbildung fördern
- die Öffnung der Schulen für Freizeitbeschäftigungen von Kindern und Jugendlichen
- die Kooperation von Schulen, Sportvereinen und Jugendfreizeiteinrichtungen in den Stadtteilen
- dass die Landesregierung die Sanierung von Schulen und Kindergärten mitfinanziert
- die vielfältigen Angebote im Bereich der Erwachsenenbildung, der Volkshochschule und des Abendgymnasiums erhalten
- eine in einem gemeinsamen Netzwerk gebündelte konsequente Evaluation und Weiterentwicklung der Bildungsangebote in der Stadt

Wissenschaft und Forschung

Unsere Stadt ist ein bedeutender Wissenschafts- und Forschungsstandort auf europäischem Niveau. Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, die Hochschule für Kunst und Design „Burg Giebichenstein“, die Evangelische Hochschule für Kirchenmusik und die Franckeschen Stiftungen tragen maßgeblich zum weltoffenen Klima unserer Stadt bei und sind gute Aushängeschilder einer Stadt im Wandel zur Bildungs- und Wissenschaftsstadt. Das Technologie- und Gründerzentrum hat eine eindrucksvolle Entwicklung durchlaufen. Als Klammer zwischen naturwissenschaftlicher Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Entwicklung sowie Produktion ist es eine Keimzelle zahlreicher neuer Produkte und Unternehmen vor allem der Bio- und Nanotechnologie.

Die Kreativität und Neugier der Wissenschaftler/innen, Studierenden und Künstler/innen setzen wichtige Impulse für das soziale Leben.

Die Universität ist der weitaus größte Arbeitgeber in Halle und ein wesentlicher Teil der halleschen Wirtschaft.

In allen Forschungseinrichtungen werden für Gesellschaft und Wirtschaft bedeutende Ergebnisse erzielt. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein wichtiger Garant dafür, dass das Interesse der Gesellschaft und nicht reine Wirtschaftsinteressen Wissenschaft und Bildung bestimmen.

Wir sind überzeugt: Was gut ist für Universität und Hochschulen, ist gut für Halle!

Wir wollen:

- den Bau des Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Zentrums mit allen Möglichkeiten der Kommune unterstützen
- für jeden jungen Menschen, der es kann und will, ein gebührenfreies Erststudium ermöglichen
- dass die Autonomie unserer Hochschulen nicht angetastet wird
- dass die Kooperation von Stadt und Wissenschaft weiter ausgebaut und vertieft wird
- hallesche Studenten dabei unterstützen, während des Studiums Praktikplätze und nach dem Studium qualifizierte Arbeitsplätze in unserer Region zu finden
- auf eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Industrie hinwirken
- dass die Landesregierung die halleschen Hochschulen ausreichend finanziert und ein weiteres personelles Ausbluten verhindert
- dass sich junge Menschen für ein Studium und den Verbleib nach dem Studium in der Region entschließen und werden dies nach Möglichkeit fördern
- gemeinsam mit Unternehmen der Region auf dem Salinengelände ein Science-Center errichten

Kunst und Kultur

Die Händelfestspiele, die städtischen Theater und die Hochschule für Kunst und Design „Burg Giebichenstein“ sind nur einige Beispiele für die kulturelle Vielfalt, die die Kulturhauptstadt Halle weit über die Grenzen des Landes bekannt gemacht haben. Da das breite Angebot auch ein wichtiger Standortfaktor ist, wollen wir dieses Profil der Stadt Halle weiter stärken. Kunst und Kultur sollen deshalb ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Kommunalpolitik werden. Die Gründung der Theater, Oper und Orchester GmbH und die Überführung des Händel-Hauses in eine Stiftung waren wichtige Schritte zur Sicherung des städtischen Kulturangebots bei knappen Kassen.

Das vielfältige Kulturangebot der Stadt Halle hat nicht nur als Markenzeichen eine große Bedeutung. Wir setzen uns auch dafür ein, weil es einen hohen bildenden und erzieherischen Wert hat. Angebote für Kinder und Jugendliche wollen wir daher besonders fördern. Hierzu zählen das Thalia-Theater, das Puppentheater, die Schülerkonzerte, die Staatskapelle und erfolgreiche Projekte wie die „Kinderstadt“, die hervorragend geeignet sind, Erziehungs- und Bildungsziele durch Besuche mit Schulklassen oder gemeinsam mit den Eltern zu vermitteln.

Um den Kindern unserer Stadt das vielfältige kulturelle Angebot näher zu bringen, setzen wir uns für die Einrichtung von ‚Halleschen Kulturtagen‘ ein. An diesen Tagen sollen alle Schulen eine Veranstaltung der Oper, der Theater oder der Museen kostenfrei besuchen können. Denn nur, wer Kultur erlebt, kann daran teilhaben!

Neben der Jugendkulturarbeit wollen wir auch die soziokulturellen Zentren in Neustadt und auf der Silberhöhe ebenso wie die interkulturellen Begegnungsstätten unterstützen. In diesen und vielen anderen Bereichen wäre vieles ohne ehrenamtliche Helferinnen und Helfer nicht möglich. Dieses kulturelle Engagement möchten wir nicht nur ausdrücklich unterstützen, sondern auch öffentlich würdigen.

Wir wollen:

- Opernhaus, Kulturinsel, Thalia-Theater, Staatskapelle, Franckesche Stiftungen und Museen erhalten
- das hohe Niveau der international renommierten Händelfestspiele beibehalten
- die Angebote der Stadtbibliothek, der Volkshochschule und des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“ nicht weiter reduzieren
- mittelfristig die Bibliotheken, Volkshochschulen und Musikschulen Halles und des Saalekreises organisatorisch zusammenführen
- das Stadtmuseum als Ort kultureller Bildung und Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Stadt stärken
- offen bleiben gegenüber alternativen kulturellen Initiativen

Eine Stadt zum Leben

Halle verfügt über eine Vielzahl historisch erhaltenswerter Gebäude. Ihre Architektur repräsentiert die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte. Bemerkenswerte Wohnhäuser aus der Renaissance, der Gründerzeit, der Zeit des Jugendstils, der 30er Jahre, über Neubaugebiete, die von 1963 bis 1990 entstanden, bis hin zu attraktiver Architektur der Gegenwart bilden eine fast einmalige reizvolle Mischung.

Dennoch stehen wir vor einer großen Herausforderung:

Durch den Bevölkerungsrückgang stehen viele Wohngebäude leer. Der Abriss von Wohnblocks, insbesondere von Plattenbauten, ist unumgänglich. Der Umbau gibt uns aber jetzt auch die Chance, die betroffenen Stadtgebiete attraktiver zu gestalten. Viele Hallenserinnen und Hallenser fühlen sich hier zu Hause. Dies soll so bleiben!

Moderne Stadtentwicklung muss den veränderten Anforderungen einer zahlenmäßig abnehmenden, durchschnittlich älteren, zugleich aber mobilen Bevölkerung gerecht werden.

Der notwendige Stadtumbau muss in enger Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und den Wohnungseigentümern sowie in Abstimmung mit den Bewohnern und den vorhandenen Bürgerinitiativen umgesetzt werden.

In allen Stadtteilen treten wir für die Erhaltung und Stärkung der jeweiligen Stadtteilzentren mit ihren Geschäften ebenso ein wie für eine umfassende Wohnumfeldverbesserung.

Zum Stadtumbau gehören auch die Entsiegelung und Begrünung von Baulücken und Brachflächen sowie die Schaffung von Grün- und Freizeitflächen. Die ersten Maßnahmen zeigen im wahrsten Sinne des Wortes erste Blüten: der Grünzug auf der Silberhöhe und das Gebiet „Am Treff“ im 2. Wohnkomplex in Halle-Neustadt.

Die konsequente Fortsetzung des Stadtumbaus erhält und schafft auch Arbeitsplätze.

Wir wollen

- die Finanzmittel auf die Sanierung der vorhandenen Bausubstanz konzentrieren
- die Sanierung der Wohnungen in Verbindung mit der Gestaltung des Wohnumfeldes
- den Ausbau und die Weiterentwicklung der alten Dorfkerne in Stadtrandgebieten
- darauf achten, dass Wohnen in Halle auch weiterhin bezahlbar bleibt
- eine frühzeitige Entwicklung von Konzepten für die Nachnutzung von frei gezogenen Gebäuden der Universität im Stadtgebiet

Familien in Halle

Die Familie ist die kleinste, aber auch leistungsfähigste Institution unserer Gesellschaft. Sie leistet Einzigartiges für die Allgemeinheit und muss deshalb durch die Gesellschaft unterstützt werden.

Dazu gehört eine familienfreundliche Stadt, in der die Interessen der Kinder, der Jugendlichen und der Eltern gleichermaßen berücksichtigt werden.

Halle ist mit seinem reichen Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen eine der familienfreundlichsten Städte in Deutschland.

Wir werden dafür sorgen, dass ein bedarfsgerechtes Netz an Bildungs- und Freizeitangeboten geknüpft wird. Wir legen Wert auf Freizeiteinrichtungen mit vielseitigen Angeboten, die von den Kindern und Jugendlichen auch angenommen werden. Um diesen Anspruch zu erfüllen, ist eine Vernetzung und Kooperation der Bereiche Schule, Sport, Kultur und Jugendhilfe unerlässlich.

Wir wollen

- erreichen, dass Kinder überall in der Stadt willkommen sind
- dass Kinder und Jugendliche bei der Wohnumfeldgestaltung ihre Wünsche einbringen können
- die Einrichtungen unterstützen, die Familienbildung und -beratung anbieten
- qualitätsvolle Bildungsangebote in Kindereinrichtungen
- Sicherheit und Sauberkeit auf den Spielplätzen durchgreifend verbessern und dazu verstärkt das Modell der Spielplatzpaten nutzen
- die Beteiligungsmöglichkeiten des Kinder- und Jugendrates stärken
- ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder in Kindertagesstätten und Grundschulen anbieten

Altsein in Halle

Es gibt 45.000 Frauen und Männer in Halle, die über 65 Jahre alt sind – die Tendenz ist steigend. Auch wenn Altsein manche Einschränkung mit sich bringt, so ist es doch auch ein Synonym für reiche Lebenserfahrung, die es zu nutzen gilt.

Die Stadt muss die Erfahrungen der älteren Menschen auch in der Kommunalpolitik z.B. durch einen aktiven Austausch über die Seniorenvertretung und die regelmäßigen Stadtseiniorengespräche nutzen.

Viele Probleme der Vergangenheit sind gelöst. Halle hat ein bedarfsgerechtes Netz an Altenpflegeeinrichtungen. Es gibt ausreichend altenfreundliche Wohnungen und notwendige Servicedienste.

Wir wollen:

- die Seniorenberatungs- und Begegnungsstätten in den Stadtteilen erhalten und weiterentwickeln
- die Seniorenvertretung unterstützen und ihre materielle und personelle Arbeitsfähigkeit sichern
- darauf Einfluss nehmen, dass die Seniorenberatungsstelle der Stadt erhalten bleibt
- die Angebote für ein ehrenamtliches Engagement im Alter unterstützen
- Barrierefreiheit und Ruhemöglichkeiten im öffentlichen Raum befördern
- neue städtische Konzepte für ein Leben und Wohnen im Alter alternativ zu stationärer Pflege und Betreuung

Engagiert für Halle

Ohne ehrenamtliche Unterstützung ist Kommunalpolitik nur sehr schwer umsetzbar. Deshalb muss bürgerschaftliches Engagement gefördert und gewürdigt werden. Zu diesem Zweck wurde in unserer Stadt die Idee einer Stiftung von Ehrenamtspreisen durch Unternehmen umgesetzt. Sie heben den besonderen Einsatz von Einzelnen oder Gruppen hervor, die sich für unser Stadtimage, den Sport, die Kultur, den Natur- und Umweltschutz, für Kinder und Familien, für Senioren, für Menschen mit Behinderung, für Feuerwehr oder Rettungswesen engagieren, um nur einige zu nennen.

Wir wollen:

- alle Initiativen, die auf die Förderung ehrenamtlichen Engagements gerichtet sind, nach Kräften unterstützen
- die Tätigkeit der Freiwilligenagentur als „Arbeitsagentur fürs Ehrenamt“ weiterhin unterstützen
- das Netzwerk der Stifter „Engagiert für Halle“ unterstützen und ausweiten, um die aktiven Menschen in unserer Stadt einander näher zu bringen

Sport für alle

Mehr als 180 Sportvereine bieten unseren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit aktiv Sport zu treiben.

Gerade für Kinder und Jugendliche halten wir den Sport im Verein für eine wichtige, sinnvolle und förderungswürdige Form gemeinschaftlicher Freizeitgestaltung. Sport stärkt den Gemeinschaftssinn und kann die Entwicklung von Freundschaften fördern. Auch für ältere Bürgerinnen und Bürger ist der Freizeitsport ein wichtiges Mittel zur Förderung sozialer Kontakte sowie zum Erhalt der Gesundheit und des persönlichen Wohlbefindens.

Wir wollen

- den Stellenwert des Sports in seiner sozialen, integrativen und wirtschaftlichen Funktion sowie in seiner Vorbildwirkung in unserer Stadt erhöhen
- ein Entwicklungskonzept für die Sportstätten in Halle
- darauf aufbauend ein Sportstättenanierungsprogramm unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Behindertensports
- die Öffnung von städtischen Sportstätten auch für nicht vereinsgebundenen Sport, besonders für Kinder und Jugendliche, abends, an den Wochenenden und in den Ferien
- Wintertrainingsmöglichkeiten in Hallen für Ballsportvereine
- Streetball- und Bolzplätze an geeigneten Plätzen
- die Sanierung des Stadions jetzt mit allen Möglichkeiten unterstützen

Lebensqualität durch verbesserte Umwelt

Wir bekennen uns zu einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Stadtentwicklung und zum Aktionsprogramm „Lokale Agenda 21“.

Wir werden uns dafür einsetzen, den Ausbau des Hufeisensees als Naherholungszentrum bis zum Jahr 2012 zu realisieren.

Wir wollen

- den Schutz der Saaleaue als Überflutungsgebiet gewährleisten und durch aktive Maßnahmen den Hochwasserschutz für Halle optimieren
- die Saale-Elster-Aue als Naherholungsgebiet für den sanften Tourismus erschließen
- den notwendigen Stadtumbau nutzen, um mehr innerstädtische Grün- bzw. Waldflächen entstehen zu lassen
- ein Parkraumkonzept, das wohnungsnaher Stellflächen bietet, fortschreiben, damit Grünflächen durch den ruhenden Verkehr nicht zerstört werden
- den Stadtwald „Dölauer Heide“ als Naherholungsgebiet und Frischluftkorridor für unsere Stadt schützen und erhalten
- das Kleingartenvereinswesen als wichtiges Element der Stadtökologie stärken

Bürgernahe Stadt in der Region

Unsere Stadt Halle hat Zukunft, wenn sich die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft den Problemen stellen.

Halle ist unzweifelhaft das Oberzentrum der Region, Verkehrsknotenpunkt, wichtiges Wissenschafts-, Handels- und Wirtschaftszentrum sowie Sitz zahlreicher Behörden. Darüber hinaus hält Halle eine Vielzahl von Dienstleistungen und kulturellen Einrichtungen auch für die Bewohner umliegender Landkreise vor.

Die Entwicklung der Stadt als gleichberechtigter Partner in der Region Halle-Leipzig setzt auch eine gewisse Vergleichbarkeit der Gebietsgröße und Finanzkraft der beiden großen Städte voraus.

Deshalb halten wir Eingemeindungen von stadtnahen Gebietskörperschaften in großem Umfang für erforderlich, um Zukunftsinvestitionen tätigen zu können, die für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region unverzichtbar sind. Wir werden gegenüber dem Land entsprechend tätig werden.

Durch die in wesentlichen Teilen abgeschlossene Verwaltungsreform ist es gelungen, die Verwaltung in vielen Bereichen zu straffen sowie effizienter, praxisnäher und bürgerfreundlicher zu gestalten. Wir unterstützen daher den weiteren zielgerichteten Umbau der Stadtverwaltung hin zu einem Dienstleister.

Die Oberbürgermeisterin verwirklicht mit den regelmäßigen Bürgerforen Bürgernähe und Bürgerbeteiligung in beispielhafter Weise. Auf diesem Weg muss es weiter gehen.

Wir wollen den Weg der Haushaltskonsolidierung weitergehen. Dabei werden wir schwierigen Entscheidungen nicht ausweichen und die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Bund und Land müssen dabei für verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen sorgen.

Wir wollen

- in den historisch gewachsenen Ortslagen am Stadtrand Ortschaftsräte ermöglichen
- die Fortführung der erfolgreichen Bürgerforen
- die offensive Förderung der Ansiedlung von Unternehmen durch schnelle und unbürokratische Genehmigungsverfahren
- von Bund und Land eine angemessene und wirksame Unterstützung und Entlastung der Stadt zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben für die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Gesellschaft
- die Überprüfung von Verwaltungsvorschriften nach ihrer Notwendigkeit und eine konsequente Verringerung ihrer Anzahl und ihres Umfangs

- den Ausbau des Internetangebotes der Stadtverwaltung, auch mit der Möglichkeit, Formulare „online“ auszufüllen
- die Konsolidierung des städtischen Haushalts weiter vorantreiben, damit unsere Kinder und Enkel nicht mit unseren Schulden belastet werden